

50 JAHRE SIND NOCH NICHT GENUG

Kämmerer Hartmut Krohn tritt fast ab

Laut dem Datenerhebungsdiensleiter Statista betrug im Jahr 2021 die voraussichtliche Lebensarbeitszeit in Deutschland 38,8 Jahre. 2011 waren es sogar nur 36,8 Jahre. Darüber kann Dithmarschens Kämmerer nur müde lächeln. Seit 50 Jahren steht Hartmut Krohn im Berufsleben, immer im Dienst der Kreisverwaltung – und es ist noch nicht Schluss.

„Sie haben gerade meinen letzten Haushalt, den ich verantwortete, beschlossen“, sagte Krohn am Donnerstag, nachdem er die Blumen von Kreistagspräsidentin Ute Borwiewick-Dethlefs entgegengenommen hatte und die stehenden Ovationen der anwesenden Kreistagsabgeordneten und Verwaltungsmitarbeiter verstummt waren. „Wir bedauern es wirklich zutiefst, dass Sie gehen, aber es ist schön, dass Sie noch stundenweise bei uns bleiben“, sagte die Kreistagspräsidentin. Denn auch wenn Krohn die Verantwortung bei der Erstellung des Kreisbudgets, die er für etwa zehn Jahre innehatte, abgibt, bleibt er der Verwaltung erhalten. Am 1. August 1972 hatte er seine Ausbildung beim Kreis begonnen, als Kämmerer sei er am 1. September „offiziell in Pension versetzt worden“. Seitdem laufe ein Anschlussvertrag, weil seine Nachfolge noch nicht geregelt sei. Als er Anfang der 1970er seine Laufbahn begann, stand das Kreishaus noch am Markt, das Gebäude an der Stettiner Straße wurde gerade gebaut. Seit Mitte der 1980er-Jahre war Krohn für zahlreiche Auszubildende verantwortlich. „Einer hat es sogar zum Landrat gebracht“, sagte Krohn mit einem Lächeln Richtung Stefan Mohrdieck. Als nächste Aufgabe hat sich Krohn vorgenommen, einige herausragende Ereignisse aus seiner nunmehr 50-jährigen Kreisverwaltungskarriere aufzuschreiben. Denn eines ist ihm klar: „Ein bisschen werde ich das alles hier vermissen.“ hgd



Statt ruhigem Weihnachtsfrieden gab es in der letzten Sitzung des Kreistags in diesem Jahr noch einmal Zoff. Dass sich auf seine Wortmeldung hin eine große Debatte aufturne, damit hatte Andy Bruhn (WND) wohl nicht gerechnet. „Sehr geehrte Frau Kreistagspräsidentin, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Verwaltung, sehr geehrter Kreistag“, stellte Bruhn seiner Wortmeldung zum Haushalt des kommenden Jahres voran. Eineinhalb Minuten später peitschte dem Abgeordneten ein Redesturm des gesamten Plenums ins Gesicht, in dessen Verlauf sich Kreistagspräsidentin Ute Borwiewick-Dethlefs dazu hinreißen ließ, ihre Rolle als neutrale Moderatorin kurzzeitig aufzugeben. Was war passiert?

Im Detail auf die 315 Millionen Euro schwere Planung für das kommende Jahr einzugehen, ist in der beschließenden Kreistagssitzung schlicht nicht möglich, außerdem ist es bereits in jedem Fachausschuss aufgedrösel worden. Bruhn stört sich – vereinfacht gesagt – an einer Zahl: 642,03. So viele Planstellen sieht die Kreisverwaltung für das kommende Jahr vor, um ihre und die ihr übertragenen Aufgaben bewältigen zu können. „Die WND-Fraktion wird diesem Haushalt 2023 nicht zustimmen“, sagt Bruhn. Bereits im Vorjahr habe seine Fraktion auf die hohen Personalkosten hingewiesen, nun seien diese noch einmal gestiegen. „Wenn etwa sieben Millionen Euro Mehraufwand im Personalbereich veranschlagt sind, dann ist das einfach zu viel. Wo soll das hinführen?“ Zumal alle neuen Stellen nicht nur Personalkosten verursachen, sondern auch zusätzliche Arbeitsplätze außerhalb des aus allen Nähten platzenden Kreishauses, so Bruhn. „Soll das neue Kreishaus 25 Stockwerke haben?“, lautet seine rhetorische Frage. „Niemand baut gerne einfach so Stellen auf“, antwortet Christian Rösen, Leitender Kreisverwaltungsleiter. Es sei die wachsende Masse an gesetzlichen Aufgaben, die die Verwaltung dazu zwingen, ihren Personalstamm zu vergrößern. Auch die wachsende Zahl der Arbeitsplätze sei von den Entscheidern bedacht worden. So könnten einige Arbeitsplätze doppelt belegt werden, wenn eine Homeoffice-Regelung dies möglich mache, so Rösen.

Anschließend ordnet Dirk Krohn (CDU) die Mehrkosten von sieben Millionen Euro ein. „Der überwiegende Teil dieser Kosten wird durch Fremdzuschüsse finanziert.“ Daher müsse der Kreis bei Weitem nicht die gesamte Summe tragen. Wenn etwa der Bund oder das Land Aufgaben an den Kreis übertragen, dann tragen sie auch in der Regel die Personalkosten. „Ich wollte nur nicht, dass diese Zahl von sieben Millionen Euro später in der Zeitung steht, die stimmt netto so nicht“, verdeutlicht Krohn erneut.

Weder Rösens sachliche Antwort noch Krohns weitere Klarstellung können die aufgeheizte Stimmung unter den Abgeordneten beruhigen. „Ich kann, ähnlich wie der Kollege Krohn, Ihrer Logik gar nicht folgen. Aufgaben, die da sind, müssen abgearbeitet werden“, meldet sich zunächst Thorsten Hübner (UWD) mit einem kurzen Beitrag zu Wort.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Jörg-Uwe Halusa verlor in seiner Ansprache an Bruhn seinen sonst meist spitzfindigen Unterton anderer Debatten. „Das ist billiger Populismus, was Sie hier anbieten, Herr

Alle gegen Andy

Von Hans-Georg Gottfried Dittmann

HEIDE

Der Kreishaushalt hatte zuvor jedes Gremium passiert, alle für die Fachausschüsse relevanten Posten wurden aufgedrösel. Doch bei der Verabschiedung des Zahlenwerks wurde es im Kreistag noch einmal hitzig.

Bruhn“, so Halusa, als er sich von seinem Platz erhebt. Es sei leicht, einfach zu behaupten, die Kreistagsabgeordneten hätten es nicht hinbekommen, die Kosten und den Personalzuwachs zu dämpfen, ohne dabei konkrete Beispiele zu nennen. Halusas Ton wird schärfer, als er im Stakato-Stil nach möglichen Bereichen fragt, in denen das Personal abge-

baut werden könne: „Wollen Sie an der Kinder- und Jugendhilfe sparen? Wollen Sie, dass Kinder, die in schwierigen Verhältnissen leben, nicht mehr vom Jugendamt aufgesucht werden? Wollen Sie, dass wir die Gaststätten nicht mehr überprüfen?“ Der SPD-Fraktionsvorsitzende blickt dabei stets in Bruhns Richtung „Wenn jemand Kritik übt, dann



Alle Beschlussvorschläge wurden mit großer Mehrheit der Abgeordneten beschlossen. Foto: Dittmann

DATENERHEBUNGEN, BEFRAGUNGEN UND PRÜFUNGEN SIND NAHEZU ABGESCHLOSSEN

Radverkehrskonzept wird 2023 fertig

Noch ist es nur eine Präsentation mit farbigen Linien auf der Dithmarschen-Karte, doch das Radverkehrskonzept ist auf der Zielgeraden. Anfang 2023 solle das finale Papier im Kreistag vorgestellt werden, um dann nahtlos in die Tat umgesetzt zu werden, sagt Daniela Fleig. Sie ist seit September 2021 in der Regionalentwicklung tätig und koordiniert das Radverkehrskonzept.

Das Radverkehrskonzept für Dithmarschen erstellen als Team die Büros PGV Dargel Hildebrandt aus Hannover und Urbanus aus Lübeck. Der Kreis vergab den Auftrag an diese Firmen im Januar

dieses Jahres. „Wir werden Anfang 2023 die Erstellung des Konzeptes beenden“, sagt Fleig. Beide Büros haben bereits das Radverkehrskonzept für die Stadt Heide erstellt.

„Die Zielsetzung ist es, den Anteil des Radverkehrsanteils und die Sicherheit zu erhöhen“, sagt Fleig. Dabei gehe es nicht darum, die touristischen Routen weiter auszubauen, sondern ein Radwegenetz für den Alltagsverkehr zu entwerfen, so Fleig. „Ein Alltagsradnetz wird nach Vorrangrouten, Hauptrouten und Nebenrouten hierarchisiert“, definiert sie. Diese Kategorisierung wirke sich auf den Qualitätsstandard der Fahrbahn aus.

Die dafür notwendige Kartografierung der Radwege, die sowohl die Führungsform der Strecken als auch den Zustand der Bodenbeläge dokumentiert, sei ebenfalls abgeschlossen. Zudem wurden Netzlücken ausgemacht und das Wegenetz entlang klassifizierter Straßen bewertet. „Klassifizierte Straßen sind Bundes-, Landes- und Kreisstraßen“, sagt Fleig. „Im Kreis sind alle Bundesstraßen mehr oder weniger zu 100 Prozent durch einen Radweg begleitet.“ Landstraßen seien zu zwei Dritteln, Kreisstraßen nur zu einem Drittel mit einem Fahrradweg flankiert.

Die Erstellung des Radverkehrskonzeptes wurde von Beginn an von einem Ar-



Die Planungsbüros, die für das Radverkehrskonzept des Kreises verantwortlich sind, haben ein solches bereits für die Stadt Heide erarbeitet. Foto: Höfer